

Medienspiegel Woche 12_18



Inhalt

| | |
|--|---------------------------|
| vpod-ssp, 18.3.2018 | |
| <u>Lasst uns endlich wieder unterrichten!</u> | <u>1</u> |
| Journal21, 21.03.2018 | |
| <u>„Kennen Majestät das Alte schon?“</u> | <u>2</u> |
| Tagblatt, 21. März 2018 | |
| <u>Gerangel um Bildungskosten</u> | <u>4</u> |
| Zentralplus, 16.03.2018 | |
| <u>Kommt jetzt die Schul- und Lehrer-Rangliste?</u> | <u>5</u> |
| Tagblatt, 16. März 2018 | |
| <u>Ohne Laptop geht es nicht</u> | <u>7</u> |
| Schule Schweiz, 1. März 2018 | |
| <u>Untaugliche Vorschläge zur Digitalisierung an den Schulen</u> | <u>9</u> |
| Schweizerzeit 23.3.2018, Leserbrief | |
| <u>Digitalisierung der Primarschule?</u> | <u>11</u> |
| Tagblatt, 21. März 2018 | |
| <u>«Das Internet vergisst nie»</u> | <u>11</u> |
| Tagblatt, 20. 3. 2018 | |
| <u>Unsere Kinder sind die Leidtragenden</u> | <u>11</u> |
| Süddeutsche Zeitung, 24. Februar 2018 | |
| <u>Technik hat dem Menschen zu dienen</u> | <u>12</u> |
| Business Insider Deutschland, 25.10.2017 | |
| <u>Die Erziehungsmethode von Steve Jobs und Bill Gates, die alle Eltern umsetzen sollten</u> | <u>13</u> |
| Weltwoche, 22.3.2018 | |
| <u>Davonrennen, nachhumpeln</u> | <u>15</u> |
| Schule Schweiz, 21. März 2018 | |
| <u>Entrechtung der Eltern</u> | <u>18</u> |

Veranstaltungshinweis



Vortragsreihe „Schule & Pädiatrie“

**Binden und loslassen
– ausserfamiliäre Betreuung von Kleinkindern**

Mittwoch, 30. Mai 2018

vpod-ssp, 18.3.2018

Lasst uns endlich wieder unterrichten!



Lasst uns endlich wieder unterrichten! (Foto: Eric Roset)

Von: Christine Flitner

Der VPOD startet eine Kampagne für gute Arbeitsbedingungen an der Schule

Unterrichten ist anstrengend, und die Belastungen für die Lehrpersonen nehmen ständig zu. Das führt zu Erkrankungen bis hin zum Burn-out. Betroffen davon sind nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer selbst, auch die Qualität der Schule leidet darunter.

Es gibt viele Gründe dafür, aber in den meisten Fällen geht es um fehlende Ressourcen in der Schule. Massive Budgetkürzungen zulasten der Bildung in vielen Kantonen, Gemeinden und beim Bund, überfüllte Klassen und ständig neue administrative Aufgaben tragen dazu bei, dass der Schulalltag schwierig und ermüdend ist.

Rund 80 Lehrpersonen aus allen Regionen der Schweiz versammelten sich am Wochenende in Neuchâtel, um über die Arbeitsbedingungen zu diskutieren. „Untersuchungen zum Gesundheitszustand der Lehrerinnen und Lehrer in der Schweiz zeigen beunruhigende Resultate. Viele Kolleginnen und Kollegen sind am Rande der Erschöpfung“, hielt Katrin Meier, die Präsidentin der VPOD-Kommission Bildung, Erziehung und Wissenschaft bei der Begrüssung fest.

„Wir wollen unseren Schülerinnen und Schülern eine gute Ausbildung bieten, dafür müssen wir gesund bleiben!“, meint Cora Antonioli, die Vize-Präsidentin des Verbands.

Die Delegierten beschlossen, eine Petition „Lasst uns endlich wieder unterrichten!“ zu lancieren. Die Petition richtet sich an Arbeitgeber und Politik und enthält verschiedene Forderungen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes, namentlich die Senkung der Schülerzahlen, Abbau bei den administrativen Aufgaben und mehr Anerkennung für den Beruf.

<https://vpod.ch/news/2018/03/lasst-uns-endlich-wieder-unterrachten/>

Journal21, 21.03.2018

Kennen Majestät das Alte schon?

Von [Carl Bossard](#), 21.03.2018

Innovatives, Neues, Anderes – das ist in der Schule die Devise. Doch es gibt auch klassische Erkenntnisse mit alterungsresistentem Gehalt. Sie gelten heute und immer. Ein Erinnerungsversuch.

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. besuchte die Potsdamer Sternwarte. Zum wissenschaftlichen Leiter gewandt, meinte er: „Na, Herr Professor, was gibt’s denn Neues am Sternenhimmel?“ Worauf der Angesprochene ganz bescheiden fragte: „Kennen Majestät denn das Alte schon?“

Exponentiell verlaufende Innovationskurve

Der Zeitgeist verlangt nach Neuem. Unerbittlich. „Na, was gibt’s denn Neues?“ Nicht am Sternenhimmel, sondern in der Schulwelt. Das ist die Frage, die – so macht es den Anschein – die meisten Bildungspolitiker und Forschungsleute antreibt und umtreibt. Neues kreieren, Zusätzliches implantieren, das Ganze modernisieren und digitalisieren, wie wenn das Bisherige und Bestehende radikal versagt hätte. So empfinden es viele erfahrene Lehrerinnen und Lehrer. Die offizielle Bildungspolitik setzt Bildung mit ihrer Reform gleich. An der Basis erfährt man Schule und Unterricht darum als institutionelle Dauerreform.

Natürlich wünschen sich auch eher traditionell orientierte Lehrpersonen kein Zurück zur autoritären Schule von anno dazumal – ganz zu schweigen von der alten Paukerschule, wie sie Thomas Mann in seinem Roman „Buddenbrooks“ oder Friedrich Torberg in „Der Schüler Gerber“ hautnah skizzieren. Sie postulieren auch kein Plädoyer für den Status quo. Sie wollen „endlich wieder unterrichten!“ (1) Ihnen ist bewusst: Der Weg in die pädagogische Zukunft ist immer eine Resultante zweier Kräfte: der Innovation und der Tradition. Es ist der komplementäre Kurs zwischen dem Mut zu Konstanten und der Angst vor dem Fertigen.

Radikaler Wandel als Folge ungebremster Additionen

Doch diese Balance zwischen Tradition und Innovation droht zu kippen. Die Volksschule hat in den letzten Jahren viele neue Aufgaben übernommen, vermutlich zu viele: zwei frühe Fremdsprachen, die totale Integration aller Schüler in die Regelklassen und eine möglichst weitgehende Individualisierung der Lernprozesse. Über die Kompetenzorientierung kommen immer neue Leistungsziele, das Ganze verbunden mit engmaschiger Prüfungs- und Kontrollkaskade sowie dauernder Evaluation und dem Auftrag, alles zu messen – von den erzieherischen Zusatzaufgaben aus dem Elternhaus ganz zu schweigen.

Zu vieles muss heute in zu kurzer Zeit erarbeitet werden – und zwar von den Kindern selber. Eigenverantwortet und selbstgesteuert, wie es die zeittypische Unterrichtsmethode verlangt. Lehrpersonen fungieren dabei als Coachs. Lernschwächere und mittelmässige Schüler sind benachteiligt. Lernen ist keine Schnellstrasse; die Zeit zum Üben fehlt vielfach. Die Diffusionsprobleme steigen. Auch das wissen wir aus der Forschung.

Dichter als sensible Seismografen

Wer sich inhaltlich entgrenzt und alles übernimmt, kann kein Ding richtig tun. Er überfordert und übernimmt sich selbst. Dieses Risiko droht unserer Volksschule. Sie kann kaum bewältigen, was Ihnen die Bildungspolitik mit der dichten Reformabfolge zumutet.

Vermutlich fehlt manchen Bildungsexperten und Unterrichtsforschern die Sandgrube, der konkrete Bezug zum Schulalltag. Sie bewegen sich in erfahrungsverdünnter Luft, weit weg vom pädagogischen Parterre. Doch sie müssen wissenschaftliche Studien vorweisen und so ihre akademische Existenz legitimieren. Vor einigen Jahren schrieb deshalb der Dichter und Lehrer Markus Werner: „Im Klassenzimmer stehe er gern, sagte [Lehrer Loos], unmittelbar ausserhalb aber

walte der Ungeist, denn im Verlaufe der vergangenen Jahre sei die Schule fast überall in die Klauen von Funktionären geraten, von pädagogischen Analphabeten. Jetzt aber, auf diesem Fussmarsch durch die stille Nacht, verbiete sich jedes weitere Wort über dieses Trauerspiel Schule.“ (2)

Die Prinzipien einer guten Schule freischaufeln

Etwas düster skizziert, zweifelsohne – dichterische (Mahn-)Worte in den Mund eines älteren Pädagogen gelegt. Sicher taugt Lehrer Loos nicht als Vorbild, denn „Resignatio“, so Gottfried Keller, sei „keine schöne Gegend“. Doch er muss benannt werden, dieser resignative Konformismus, der sich da und dort breitmacht und für die Kinder Gift bedeutet.

Vergessen ging im Reformgedränge der Stellenwert der Lehrerin, des Lehrers – als empathisch lehrende und persönlich animierende Person. (3) Ihre Bedeutung wird unterschätzt, gar verdrängt durch neue Methoden und digitale Medien. Vor über 80 Jahren erinnerte Albert Einstein in einer Rede an die gute Schule. Er verglich deren Grundgesetze mit einer Statue in der Wüste. Diese Prinzipien gingen immer wieder verloren; sie müssten permanent freigeschaufelt werden. Der Treibsand verschütte sie stets aufs Neue. Im Zentrum von Einsteins Gedanken stand die Lehrerin, der Lehrer.

Bildung braucht Persönlichkeit

„Kennen Majestät das Alte schon?“ Es geht in der Bildung nicht um das Alte, es geht um das Bewährte, es geht um das, was nicht veraltet und immer gilt. Es geht um die Statue im Wüstensand. An sie ist zu erinnern.

Das tat der neuseeländische Bildungsforscher John Hattie mit seiner umfangreichen empirischen Studie. Er förderte eigentlich nichts Neues zutage. Man weiss es schon lange; Albert Einstein sagte es mit seinen Worten. Doch der Flugsand deckt diese Wahrheiten immer wieder zu.

Im Beziehungsaspekt den Kern des Pädagogischen sehen

Für Hattie sind nicht die äusseren Schulstrukturen und die Reformprozesse entscheidend, sondern die engagierte Lehrerin, der vital präsente Lehrer, „passionate and inspired teachers“, wie er sagt. Es sind Persönlichkeiten, die mit ihrer Grundhaltung das Lernen der Kinder ins Zentrum stellen und im Beziehungsaspekt den Kern des Pädagogischen sehen. Unterricht als Dialog. Solchen Pädagogen gelingt es, lehrerzentriertes Lehren und schülerzentriertes Lernen zu kombinieren, statt beides gegeneinander auszuspielen wie beim selbstregulierten Lernen oder beim Lernen ohne Lehrer LoL. Hattie untermauert empirisch, was der Hirnforscher Gerhard Roth fordert: „Bildung braucht Persönlichkeit“. (4)

Auf die Haltung der Lehrperson kommt es an

„Was gibt’s denn Neues am Pädagogenhimmel?“ Es ist das Alte, es ist die Erkenntnis: „Wo eine gute Lehrerin, ein guter Lehrer am Werk ist, da ist die Welt ein bisschen besser.“ Formuliert hat sie der Kognitionspsychologe Hans Aebli, Schüler von Jean Piaget und Hochschullehrer in Bern.

Diese Wahrheit muss immer wieder freigeschaufelt werden. Befreit werden müssen auch Lehrerinnen und Lehrer, und zwar von überflüssigem Büroballast und unnötigem Papier. Lernen ist Beziehungshandeln, ist verstehende Zuwendung. Das ist der Kern des Unterrichts. Pädagogische Interaktion ist darum wichtiger und wirksamer als administrative Lenkung durch eng getaktete Lehrprogramme. Nichts Neues eigentlich, nur das Alte.

(1) *Postulat/Manifest VPOD*, publiziert am 18.03.2018.

(2) Markus Werner, in: *Am Hang. Roman*. Frankfurt am Main: Fischer TB. 12. Aufl. 2011, S. 46.

(3) Roland Reichenbach (2018), *Ethik der Bildung und Erziehung. Essays zur Pädagogischen Ethik*. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh, S. 204f.

(4) Gerhard Roth (2011), *Bildung braucht Persönlichkeit. Wie Lernen gelingt*. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 35ff.

<https://www.journal21.ch/kennen-majestaet-das-alte-schon>

Tagblatt, 21. März 2018

Gerangel um Bildungskosten

SCHULAUF SICHT · Thurgauer Kantonsräte fordern Einsparung beim Amt für Volksschule. Die Regierung droht nun mit Entlassungen.

Thomas Wunderlin

Rund 13 Millionen Franken Aufwand hat das Thurgauer Amt für Volksschule 2018 budgetiert. Mit einer Million Franken weniger müsste es auch gehen, meinen mehrere Kantonsräte von links bis rechts. In einem Vorstoss fordern sie und 60 Mitunterzeichner, die Schulen sollten die von ihnen erhobenen Daten selber aufbereiten, wodurch der Aufwand spürbar reduziert werde. Die Regierung will davon nichts wissen. Man habe bereits mehrere Sparmassnahmen eingeleitet. Allein der «laufende Strukturüberprüfungsprozess» des Amts für Volksschule in den Bereichen Schulaufsicht und Schulevaluation bringe 390000 Franken ab 2020. Da der Vorstoss bereits ab 2019 Massnahmen verlange, sei eine sozialverträgliche Umsetzung nicht möglich. Es müssten rund 520 Stellenprozent abgebaut werden, was sechs Entlassungen bedeute, schreibt der Regierungsrat. Als Folge müsste der Kanton auf «systematische Einblicke ins Unterrichtsgeschehen» verzichten und die Kontakte mit den Schulgemeinden drastisch reduzieren. Dadurch entstehe «die Gefahr, dass gravierende Mängel im Schulgeschehen während einer längeren Zeitspanne unbemerkt blieben». Besonders die Inspektoren könnten viele Konflikte niederschwellig lösen. So würden kostspielige Eskalationen vermieden.

Stellenzahl trotz neuer Aufgaben gesenkt

Eine Leistungsüberprüfung habe nach 2007 «Optimierungen und Kostensenkungen» gebracht, heisst es in der Regierungsantwort. Im Amt für Volksschule sei die Stellenzahl kontinuierlich gesenkt worden, obwohl es 2008 neue Aufgaben im Sonderschulbereich habe übernehmen müssen. Die Motionäre wollen sich dennoch weiter dafür einsetzen, dass das Parlament die Motion überweist. «Es stört mich, dass es jetzt heisst, wir würden offene Türen einrennen», sagt Roland A. Huber (BDP). Die Regierung verliere kein Wort über die Datenaufbereitung bei den Schulen. «Man könnte sie effizient vor Ort aufbereiten und Doppelspurigkeiten vermeiden, wenn sich das Amt nicht so intensiv einbringen würde.» Was die in Aussicht gestellten Entlassungen betreffe, sei unklar, wie die Regierung diese berechne. Die Motion verlange nur, dass 2019 erste Auswirkungen spürbar sein müssten. Die Regierung könne den Zeitplan selber bestimmen. Nach der Rechnung der Regierung würden nur 300000 Franken bis zur geforderten Million fehlen. Dies sei weniger als sechs Stellen.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/gerangel-um-bildungskosten:art509574.5246764>

Mehr dazu:

Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt
Illegitime Führungstechniken des Change Managements
[LVB 1516-04](#)

Change-Management im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplanes 21
[Präsentationsfolien Markus Mendelin, 8. Januar 2014](#)

Change Management
[Seeblick, 29. 4. 2016](#)

Classroom Walkthrough: Neues Führungsinstrument für Schulleiter
[Schule Schweiz, 21. September 2015](#)

Kompetenzmanager: Die Vermessung des Pädagogen
[NZZ, 27.12.2015](#)

Zentralplus, 16.03.2018

Kommt jetzt die Schul- und Lehrer-Rangliste?

Wenn eine Klasse künftig schlechte Testresultate liefert, wird das beim Kanton vermerkt. Kommt dies mehrfach vor, werden Massnahmen ergriffen. Beim Kanton spricht man von Qualitätskontrollen und Chancengerechtigkeit. Doch die Lehrer fürchten sich vor einem Ranking.



Charles Vincent, Leiter der Dienststelle Volksschulbildung, ist der Chef des Luzerner Bildungswesens. (Bild: zvg)

Linus Estermann

Heute ist es in der Sekundarschule üblich, den sogenannten Stellwerk-Test zu absolvieren. Die Resultate zeigen in erster Linie den individuellen Leistungsstand der Schüler. Die Resultate von Stellwerk 8 – also in der achten Klasse – geben zudem Aufschluss, welche Berufe für die Schulabgänger in Frage kommen. Bei Stellwerk 9 geht es darum, wie die Jugendlichen in der Berufsschule eingestuft werden. Das Spezielle am Stellwerk-Test: Er passt die folgenden Aufgaben laufend an die Ergebnisse der vorherigen Aufgaben an. Adaptives Lernen wird das Instrument genannt und war ursprünglich als Lernhilfe gedacht.

Doch nun verfolgt die kantonale Dienststelle für Volksschulbildung weitergehende Pläne. «Wir werten die Ergebnisse von Stellwerk 9 neu kantonal genauer aus», bestätigt Charles Vincent, Leiter Dienststelle Volksschulbildung, Informationen von zentralplus. «Wir haben die Schulleitungen im Sinne der Transparenz Mitte Januar darüber informiert und auch auf ihre Aufgaben hingewiesen.»

Schulleitungen sind gefordert

Der Kanton schaut also künftig genauer hin. Die Resultate werden gesammelt und gelistet. Gibt es bald ein Schul-Ranking? Vincent dementiert: «Es kommt weder eine Schul- noch Lehrpersonen-Rangliste.» Dies habe man den Schulleitungen auch so kommuniziert.

«Es ist auch im Sinne der Chancengerechtigkeit angebracht, dass allenfalls in einzelnen Schulen Massnahmen ergriffen werden.» Charles Vincent, Leiter Dienststelle Volksschulbildung

In erster Linie liege es wie bisher an den Schulleitungen, die Resultate zu prüfen und bei Bedarf geeignete Massnahmen abzuleiten. Erst in zweiter Linie wird der Kanton reagieren. «Und zwar auch nur, wenn über drei Jahre grössere Abweichungen gegenüber dem kantonalen Durchschnittswert festgestellt wurden.» Die Schulleitungen können aber auch vorher von sich aus an uns gelangen, um die Ergebnisse zu interpretieren und allfällige Massnahmen zu besprechen.

Es geht auch ums Geld

«Es geht darum, Schulen und Schulleitungen bei Bedarf zu unterstützen, wenn grössere Abweichungen vorliegen», erklärt Vincent. Doch ist es überhaupt möglich, die Schule in Flüfli mit der Schule in Emmenbrücke zu vergleichen? Der Kanton habe die Aufgabe, eine vergleichbare Qualität in allen Schulen zu gewährleisten, entgegnet Vincent. Dass eine Klasse mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Schülern im Deutsch schlechter abschneide, sei eine Erklärung. Dies dürfe aber nicht als Ausrede hinhalten, wenn tatsächlich Probleme vorliegen.

«Es ist auch im Sinne der Chancengerechtigkeit angebracht, dass allenfalls in einzelnen Schulen Massnahmen ergriffen werden, wenn die Ergebnisse von Stellwerk 9 über mehrere Jahre nicht zufriedenstellend sind», sagt Vincent. Die faktenbasierte Analyse sei für den Kanton auch ein Beweismittel, wenn etwa von einer Gemeinde mehr Fördergelder nötig wären beziehungsweise die zusätzlich vom Kanton zur Verfügung gestellten Mittel nicht spezifisch genug eingesetzt würden.

Schulen nicht eins zu eins vergleichbar

Pirmin Hodel, Präsident Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Kanton Luzern, kann der Offensive des Kantons zur Qualitätssicherung einiges abgewinnen: «Die Stellwerktests kosten, also sollten wir das Instrument auch optimal ausnutzen.» Von einem Ranking mag er nicht sprechen, schliesslich müsse man

den durchschnittlichen Wert um zehn Prozentpunkte unterschreiten, damit die Dienststelle Volksschulbildung bei der Schulleitung nachfragt.

«Wir müssen jeden Fall situativ betrachten.» Pirmin Hodel, oberster Luzerner Schulleiter

«Die Schulleitungen sind an diesen Resultaten interessiert, damit wir bei Problemen Optimierungen vornehmen können», sagt er. «Wir müssen jeden Fall situativ betrachten», sagt Hodel. Dass man die Gemeinden nicht eins zu eins vergleichen könne, sei logisch. «Bei einer sehr kleinen Schule ist das Resultat anders zu interpretieren als bei Brennpunktschulen, also Schulen mit einem hohen Anteil fremdsprachiger Kinder.»

Hodel ist Rektor in Willisau. Dort hat man die Lehrer noch nicht vollumfänglich informiert. «Ich kann mir vorstellen, dass einige im ersten Moment die Nase rümpfen werden», sagt er. Es sei jedoch wichtig zu erklären, dass es sich nicht um ein Überwachungs-Instrument handle. «Viel mehr soll dieses Ranking auch feststellen, wo Unterstützung benötigt wird.» Hodel sieht die Sache entspannt und will die Entwicklung nun gespannt weiterverfolgen.

Lehrer wollen genau hinschauen

Fridolin Müller, Leiter Konferenz Sek I beim Luzerner Lehrerverband, sieht die Entwicklungen kritisch. «Wir werden sehr aufmerksam hinschauen», sagt er. Er hofft und fordert die Verantwortlichen auf, dass die heutigen Versprechen auch in der Zukunft eingehalten werden und keine Lehrpersonen- respektive Schulrangliste erstellt und geführt wird. «Hier sind besonders auch die Schulleitungen in der Verantwortung.»

Durch das genauere Auswerten der Stellwerkergebnisse 9, die eben auch als Qualitätsindikatoren einer Schule dienen könnten, erhalte dieser Test einen neuen Charakter. Das Stellwerk 8 dient als diagnostisches Förderinstrument für Schüler im 9. Schuljahr. Dies mache auch Sinn, so Müller. «Und zu was dient das Stellwerk 9 neu – für eine Qualitätskontrolle der Lehrpersonen?» Dies war nie Ziel und Zweck und Absicht dieser Tests, meint Müller. «Wir werden sehen, wohin diese genauere Auswertung führen wird.»

1 Kommentar

igarulo, 18.03.2018

Sie sind eben doch ein Überwachungsinstrument. Die Qualitätskontrollen. Kommen als Newspeak aus den Büros der höheren Angestellten im Bereich kantonaler Volksschulbefasster. Und sind die Folge der Kommodifizierung der Bildung. Alles wird verwert- und messbar, halleluja; aber Bildung besteht nicht vor allem aus den Steuerungswerten der normierten Aufgaben zuhanden des Herrn Vincent. Schulen sind verschieden. Je nach Standort. Und je nach dem Schülerinnenmix. Pisa verdeutlichte den Quatsch der normierten Waage unterschiedlicher Gewichtsklassen. Und Herr Vincent weiss das. Trotzdem beugt er sich als Bürokrat dem ökonomisierten Zeitgeist ausgehend von der OECD und der ihr angehängten Lehrindustrie. Vincent (und viele kantonale Chefverantworte schweizweit) folgen dem Diktat der Atomisierung der Bildung zur Metrisierung von "Kompetenzen" zwecks Vermessung der Synapsenaktivität von Lernenden und der Verschiebung der Verantwortung von den Lehrerinnen hin zu den Entwicklern des Lernsettings und den Schulleitern, die zum "guten Unterricht" trotzdem eigentlich nichts beitragen. Die beiden verhandeln sich mit einer Politik des mangelnden Sachverstands und zusammen unterminieren sie die Methodenfreiheit und ignorieren die von der Praxis geprägten Lackmustests der Reformen im Schulzimmer. Seit zwanzig Jahren circa werden die Schulen umgebaut und auch vermessen. Trotzdem können 20% der Schulabgänger einen durchschnittlichen Text kaum verstehen. Vom Französisch als Mittel zum Gespräch ganz zu schweigen. Und die MINT-Fächer glänzen vor allem in den Positionspapieren der einschlägigen Steuergruppen. Nach 45 Jahren unterrichten werde ich den Verdacht nicht los, dass weder die Schulentwickler noch die Kommunalpolitiker wirklich an Lösungen interessiert sind, denn da ist ein weites Feld zum lohnwirksamen und politischen Profil zeichnenden Furchenziehen mit den Pflügen der projektheisenden Dozenten der pädagogischen Hochschulen. Für viel Geld verbauen deren theorieverliebte Akteure Luftschlösser in der schulischen Landschaft und anschliessend fehlt das Geld bei den Lehrerinnen am Ende des Monats. IHR Gehalt steht in keinem Verhältnis zu dem, was sie für die Gesellschaft leisten!

<https://www.zentralplus.ch/de/news/gesellschaft/5562910/Kommt-jetzt-die-Schul--und-Lehrer-Rangliste.htm>

Tagblatt, 16. März 2018

Ohne Laptop geht es nicht



An vielen Gymnasien müssen die Schülerinnen und Schüler ihr eigenes Laptop mitbringen. (Symbolbild: Gaëtan Bally/Keystone)

DIGITALISIERUNG · Ab Sommer 2018 müssen die Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Romanshorn ein eigenes Tablet mit Tastatur und Stift zum Unterricht mitbringen. An anderen Schulen in der Ostschweiz besteht schon länger eine Gerätepflicht.

Dinah Hauser

Game-Entwicklung, Hacking und Fake News: Diese Themen stehen auf dem Entwurf des Lehrplans zum neuen Informatikunterricht. Auch die aus der Wirtschaft bekannte Blockchain-Technologie soll ab Sommer an den St.Galler Gymnasien thematisiert werden. Gemäss Marcel Koller, stellvertretender Leiter des St.Galler Amts für Mittelschulen, befindet sich der Lehrplan momentan noch in der Vernehmlassung. «Die Unterrichtsinhalte reichen vom Erlernen verschiedener Office-Anwendungen bis zum Programmieren und dem wissenschaftlichen Umgang mit Informatik», sagt Koller. Da die Schüler laut dem Lehrplan Volksschule bereits mit fortgeschrittenen Medienkompetenzen in die Gymnasien übertreten werden, könne man mit dem neugestalteten Informatikunterricht nahtlos darauf aufbauen. Koller sieht darin ein Argument für die Neugestaltung des Fachs Informatik.

«Über 30 Prozent der Primarschüler haben ein eigenes Tablet»

Ralph Kugler, für wie wichtig erachten Sie die Digitalisierung an Schulen im Allgemeinen?

So wichtig wie andere Themen. Die heutige Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ist durchdrungen von digitalen Medien sowie von Werkzeugen und Geräten, die auf Informations- und Kommunikationstechnologien basieren. Themen des Alltags sollen auch Thema in der Schule sein, nicht zuletzt, um glaubwürdig zu bleiben.

Was halten Sie von «Bring your own Device»? Dies könnte zukünftig an Bedeutung gewinnen, ist aber im Moment in der Volksschule noch wenig verbreitet. Die ... [mehr](#) »

Viele Schulen sensibilisieren ihre Schülerinnen und Schüler bereits früh für den sinnvollen Umgang mit modernen Medien und elektronischen Geräten wie Handy und Computer. [Die Kantonsschule Romanshorn führt ab Sommer 2018 eine Gerätepflicht für die Schülerinnen und Schüler ein.](#) Sie sollen eine Mischung aus Laptop und Tablet zur Schule bringen. Das Konzept «Bring your own Device» (ByoD), bei dem die Lernenden ihre Geräte selbst mitbringen, ist auch an anderen Schulen in der Ostschweiz ein Thema. Die Kantonsschule Wattwil beispielsweise setzt bereits seit letztem Sommer in allen Klassen voraus, dass Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Geräte mitbringen. «In der Gerätewahl sind sie frei. Zwingende Voraussetzung ist, dass es Windows-10-kompatibel ist. Auch Geräte von Apple sind damit zugelassen», sagt Rektor Martin Gauer. Den Lernenden werde ein Merkblatt mit Empfehlungen zur Verfügung gestellt und auf die Vorteile eines Gerätes mit Stift hingewiesen. Die Kantonsschule Sargans verlangt bereits seit fünf Jahren von den neueintretenden Schülerinnen und Schülern das Mitbringen eines Laptops. «Das Gerät muss einige minimale Anforderungen erfüllen, welche laufend angepasst werden. Ein Tablet erfüllt momentan diese Bedingungen nicht», sagt der Prorektor Ivo Gienal. Die wohl älteste Gerätepflicht kennt die Kantonsschule am Brühl: «An der Wirtschaftsmittelschule mit Schwerpunkt Informatik (WMS-I) besteht die Gerätepflicht schon seit der Einführung des Lehrgangs vor 16 Jahren», sagt David Keller, Prorektor und Fachbereichsleiter ICT.

Die WMS mit Schwerpunkt Sprachen kenne diese Regelung seit 2012 und bei der FMS werde seit 2016 auf iPads gesetzt. Beim Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentrum St. Gallen GBS sieht die Sache etwas komplizierter aus. Mit rund 40 sehr unterschiedlichen Berufen gebe es kein generelles Geräteobligatorium. «In bestimmten Lehrberufen wurde ByoD bereits obligatorisch eingeführt», sagt Rektor Lukas Reichle. Hier würden die Obligationen in den Fachkommissionen der jeweiligen Berufe beschlossen. Diese bestünden aus Vertretern der Wirtschaft und der Schule. Die Einführung erfolgt somit branchenspezifisch mit Blick auf die Praxisrelevanz, führt Reichle fort. Auch gebe es verschiedene Gerätetypen: «In der Schule für Gestaltung werden Macs verwendet, während in den anderen Berufsgruppen auf Microsoft gesetzt wird.» Im allgemeinbildenden Unterricht werde der verantwortungsvolle Umgang mit Social Media und den IT-Geräten als Lehrmittel gefördert. «Wir setzen weniger auf Verbote als auf die eigenverantwortliche Nutzung und Anwendung.»

Volksschulen setzen auch auf Digitalisierung

Der Lehrplan 21 sieht eine frühe Heranführung der Lernenden an moderne Medien vor. In den Städten Gossau und Wil sind moderne Geräte bereits in der Volksschule im Einsatz. Laut Ruedi Steiner, Leiter Schulamt der Stadt Gossau, werden die Geräte den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt. Je nach Altersstufe stünden eine unterschiedliche Anzahl pro Klasse zur Verfügung. Auch in Wil gehören solche Geräte zur Infrastruktur der Schulen. «Für die Umsetzung des Volksschulauftrages sind wir verpflichtet, die Arbeitsmittel ohne Kostenfolge für alle Schülerinnen und Schüler bereitzustellen», sagt Schulratspräsidentin Jutta Rööfli. Zudem sei die Einbindung fremder Geräte aufwendig und risikobehaftet.

An der «Meitleflade» der Katholische Kantonssekundarschule gibt es derzeit eine Pilotklasse mit Tablets. «Jede Schülerin der Tablet-Klasse erhält ihr eigenes iPad. Die Geräte sind Eigentum der Schule und werden leihweise, wie Schulbücher, den Schülerinnen zum Gebrauch im Unterricht abgegeben», sagt Schulleiterin Felicitas Egger. Die Anschaffungskosten würden vorerst von der Schule übernommen. An einem Elternabend sei das Thema und die Regeln der Verwendung im Unterricht und zu Hause besprochen worden. «Beispielsweise wurde empfohlen, dass sich das Gerät nachts nicht im Schlafzimmer befindet und ausgeschaltet ist», sagt Egger. Während des Unterrichts dürften die Tablets nur auf Anweisung der Lehrperson eingesetzt werden.

Meist von den Eltern finanziert

Die Kantonsschule am Brühl setzt für ihre WMS- und Informatikklassen Geräte zum Preis von zirka 700 bis 800 Franken voraus. Gemäss David Keller genügen diese in der Regel für die vierjährige Schulzeit. So eine Investition will gut überlegt sein, zumal an allen angefragten Mittelschulen das Budget der Erziehungsberechtigten belastet wird. An der GBS gibt es jedoch teilweise besondere Regelungen: «Im Lehrvertrag ist festgelegt, welche Materialkosten der Lehrbetrieb und welche der Lernende übernimmt», sagt Reichle.

Reklamationen zur Gerätepflicht gab es bisher keine. Einzelne Schulen haben Anfragen zum Sinn und Zweck der Geräte erhalten. «Nach Erklärungen verstehen die Fragenden meist, dass eine Anschaffung und Verwendung sinnvoll ist», sagt beispielsweise Keller. Laut Martin Gauer entsteht Klärungsbedarf allenfalls dann, wenn die Schülerinnen und Schüler ihr Gerät häufiger im Unterricht einsetzen möchten als die Lehrperson. Diese setzen die Computer dort ein, wo sie einen pädagogischen Nutzen sehen. «In der heutigen Welt wäre es anachronistisch, elektronische Geräte im Unterricht nicht einzusetzen und Informatik-Kompetenzen nicht breit zu fördern», sagt Gauer. Auch Reichle stimmt dem zu: «Bei der Digitalisierung geht es nicht um dafür oder dagegen. Vielmehr geht es darum, wie wir damit umgehen und wie wir die Chancen nutzen und die Risiken minimieren.» Das Ziel sei ein möglichst offener und verantwortungsvoller Umgang mit den digitalen Medien.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ohne-laptop-geht-es-nicht;art509043,5242627>

Untaugliche Vorschläge zur Digitalisierung an den Schulen

Kürzlich stellte der [Wirtschaftsdachverband Economiesuisse seine Vision für eine Schule der Zukunft vor](#). Kernpunkte darin sind die Stärkung der digitalen Technologie und ein individualisierter Unterricht in Deutsch und Mathematik. Im Folgenden sollen einzelne Punkte herausgehoben und zur Diskussion gestellt werden.

Urs Kalberer

Die Konstante der wirtschaftlichen Entwicklung sei der Wandel: „Morgen wird schon wieder alles anders sein.“ Dies gilt als Rechtfertigung für ein digitales Aufrüstungs-Programm, das die Schüler und Lehrer fit für den Wandel machen soll. Doch was soll diese Fokussierung auf den Wandel gerade zum jetzigen Zeitpunkt? Wir stecken ja nicht am Anfang der Digitalisierung – die läuft ja schon seit Jahrzehnten. In der Schule wird entsprechend schon lange Informatik unterrichtet und bereits die Vorgänger des Lehrplans 21 verlangten, dass digitale Geräte in unterschiedlichen Fächern angewendet werden. Da werden also jede Menge offener Türen eingerannt. Wenn sich das berufliche Umfeld als Folge der technologischen Entwicklung verändert, muss sich dann auch die Volksschule verändern? Deren Ziel ist ja die Bildung im umfassenden Sinn mit Langzeitwirkung. Wäre diese Anpassungsleistung nicht die vordringliche Aufgabe der Berufsschule? Muss wirklich jeder Schüler programmieren lernen, wie es unser Wirtschaftsdachverband mit Nachdruck fordert? Das wäre, wie wenn jeder Automobilist die Funktionsweise eines Motors verstehen müsste, um Auto fahren zu können.

Zukunft war schon immer unvorhersehbar

Die Wirtschaftsvertreter zitieren eine Aussage, wonach die Mehrzahl der jetzigen Kindergärtler in Berufen arbeiten wird, die es heute noch gar nicht gebe. Dies scheint massiv übertrieben. In der Schweiz gibt es momentan mehr als 180 Berufslehren (EFZ-Berufe). Davon ist die grosse Mehrheit auch in Zukunft unabdingbar. So werden wir weiterhin Köche, Coiffeure, Bankangestellte, Maurer, Metzger, Verkäufer, Lehrer, Gärtner, Schreiner, Pfleger und auch Informatiker benötigen. Es mag sein, dass sich diese Berufe durch den wachsenden Einfluss der Digitalisierung verändern, doch verschwinden werden sie nicht. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb die Zukunft gerade jetzt und heute so unvorhersehbar zu sein scheint. Zukunft war schon immer so – nie konnten die Menschen wissen, was in 10 oder 20 Jahren sein würde. Es ist eine platte Übertreibung, so zu tun, als ob das heute anders sei und daraus überrissene Forderungen an die Schule zu stellen.

Gewiss, die Digitalisierung breitet sich in alle Lebensbereiche aus, alle Berufe sind davon betroffen. Die Frage lautet jedoch: Ist eine massive Ausdehnung der Anwendungen von digitalen Geräten an der Volksschule die passende Antwort auf diese Herausforderung? Gerade hier hält uns die Forschung interessante Erkenntnisse bereit: Eine taiwanische Metastudie verglich 110 Wirksamkeits-Studien von mobilen Geräten im Unterricht (Smartphone, Tablet, Laptop) zwischen 1993 und 2013, und konnte bloss eine moderate Wirkung nachweisen. Tom Vander Ark, der frühere Direktor der ICT-affinen

Bill-und- Melinda-Gates-Stiftung, meint, es sei sehr schwierig mit überzeugenden Daten aufzuwarten. Die OECD kommt zum Schluss, dass sich in Ländern, die stark in Computertechnologie an Schulen investiert hatten, „keine nennenswerten Verbesserungen der Schülerleistung in Lesen, Mathematik oder Wissenschaft“ zeigen würden. Manche Studien weisen gar einen negativen Lerneffekt bei starker zeitlicher Inanspruchnahme von Computern nach. Angesichts der höchst unsicheren Datenlage scheint die offensive Strategie von Economiesuisse einige Risiken zu bergen. Wäre es deshalb nicht gewinnbringender, vorsichtiger zu sein? Oder in den Worten des Kulturpublizisten Konrad Liessmann: „Je mehr ich über den klassischen Weg gelernt habe, umso besser kann ich digitale Geräte nutzen“.

Individualisierter Unterricht in Schulsprache und Mathematik

Economiesuisse schlägt vor, die beiden Fächer Deutsch und Mathematik künftig in altersdurchmischten Lerngruppen auf individueller Basis zu unterrichten. Damit könne jeder Schüler bei seinem Lernstand abgeholt und optimal gefördert werden. Der neuseeländische Erziehungswissenschaftler John Hattie stellt in seiner bekannten Vergleichsstudie fest, dass gerade der Klassenunterricht eine hohe Wirkung erzielt im Vergleich zu individualisiertem, altersdurchmischtem und selbstorganisiertem Lernen. Das Lernen ist ein sozialer Prozess – gerade die Auseinandersetzung innerhalb einer Lerngruppe führt zu einem vertieften Verständnis, weil vermehrt Fragen, Kritik und gemeinsames Arbeiten möglich ist.

Demgegenüber krankt der individualisierte Unterricht an einer problematischen Isolierung – jeder Schüler hat sein eigenes computergesteuertes Programm. Gleichzeitig garantiert der Einsatz von digitalen Geräten wie oben erwähnt noch keine besseren Schülerleistungen. Es ist eine Illusion zu glauben, der Lehrer könnte den Lernstand jedes Schülers exakt bestimmen und den Unterricht planen, ohne dass die stärksten Schüler demotiviert oder die schwächsten abgehängt werden. Eine doppelte Überforderung ist die Folge: Der Schüler ist überfordert mit der relativen Freiheit des individualisierten Unterrichts, aber auch die Lehrer sind überfordert, weil sie die Kontrolle über den Lernstand der einzelnen Schüler verlieren.

Ein letzter Kritikpunkt betrifft die angepriesene Kooperation zwischen privaten Unternehmen und den Schulen. So sollen vermehrt ausserschulische Hilfskräfte oder Experten ins Klassenzimmer geholt werden. Economiesuisse versteht sich damit als Türöffner für private Unternehmen, die in die Schule drängen. Wollen wir das? Dabei stellen sich weitere Fragen: Was können Private besser als die öffentliche Schule? Wer entscheidet, ob eine Firma Zugang zur örtlichen Schule erhält?

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Vorschläge seitens der Wirtschaft wenig mit einer kritischen Analyse des Forschungsstandes zu tun haben. Zu oft werden Allgemeinplätze wie „lebenslanges Lernen“, „kontinuierlicher Wandel“ oder „Zukunftschancen“ unreflektiert mit der Schulwirklichkeit vermischt. Zu wenig Beachtung wird insbesondere der grundsätzlichen Differenz zwischen Bildung (Volksschule) und Ausbildung (Berufsschule) beigemessen. Damit wird eine sinnvolle Partnerschaft zwischen Schule und Wirtschaft unnötig strapaziert.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2018/03/untaugliche-vorschlaege-zur.html>

Schweizerzeit 23.3.2018, Leserbriefe

Digitalisierung der Primarschule?

Die umstrittenen Forderungen des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse zur umfassenden Digitalisierung der Primarschule zeigen klar, wozu die überzogenen Zielsetzungen des neuen Lehrplans verleiten können. Dieser will das massgeschneiderte Lernen – weit über eine massvolle Individualisierung hinaus – zum Grundprinzip erheben. Da gleichzeitig auf verbindliche Jahresziele verzichtet wird, droht eine kaum noch zu bewältigende Heterogenität in den Klassen.

Economiesuisse glaubt nun, die Lösung gefunden zu haben, indem der Unterricht in Mathematik und Deutsch über digitale Lernprogramme abgewickelt werden soll. Die Lehrpersonen würden die Schüler bei den Lernprozessen nur noch überwachen. Zudem sollen die Schüler in den Hauptfächern in Leistungsgruppen eingeteilt werden. Das einschneidende Reformkonzept deckt auf, dass der neue Lehrplan die Schule grundlegend verändern wird. Bei allem Respekt vor der Absicht, schon früh einen gesunden Leistungsgedanken zu verankern, ist der Preis für dieses Anliegen zu hoch. Dessen Verwirklichung käme einem Abschied von humanistischen Bildungsvorstellungen gleich.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

Mehr dazu

Tagblatt, 21. März 2018

Das Internet vergisst nie

ONLINESICHERHEIT · Die Digitalisierung hat die Klassenzimmer erreicht. Nicht ohne Risiken und Gefahren. Denn: Cybermobbing wird immer mehr zum Thema. Auch die Kantonspolizei ist in die Aufklärungsarbeit involviert.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/das-internet-vergisst-nie;art123841,5247067>

Tagblatt, 20. 3. 2018

Unsere Kinder sind die Leidtragenden

[«Wie Schulen sanft gesteuert werden»](#), Ausgabe vom 7. März

Gerne möchte ich Herrn Andreotti zu seinem Artikel gratulieren. Die Ausführungen zum Thema Ökonomisierung der Schulen treffen den Nagel auf dem Kopf. Die Leidtragenden bei diesen Schulreformen sind unsere Kinder und damit unsere Zukunft. Die Resultate solcher Schulreformen sind gravierend! Jeder fünfte Lernende löst seinen Vertrag vor Ende der Lehre auf. Das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) hat diese Zahlen erstmals erhoben und nennt als einer der Hauptgründe für die Lehrvertragsauflösung mangelhafte schulische Leistungen. Lehrvertragsauflösungen sind der häufigste Grund, weshalb rund zehn Prozent der jungen Erwachsenen in der Schweiz keinen Ausbildungsabschluss erreichen. Für den Einzelnen hat die Ausbildungslosigkeit und die damit verknüpfte mangelnde oder fehlende Integration in den Arbeitsmarkt die Folge, den eigenen Lebensunterhalt nicht oder nur eingeschränkt bestreiten zu können. Herr Andreotti hat Recht, wenn er sagt «Wir brauchen endlich eine Schulpolitik und eine Pädagogik, die Probleme löst und nicht dauernd neue schafft».

Gabriella Hunziker

<https://epaper.tagblatt.ch/#article/62/St.%20Galler%20Tagblatt/2018-03-20/26/230003512>

Süddeutsche Zeitung, 24. Februar 2018

Digitalisierung der Schule

Technik hat dem Menschen zu dienen

Nicht umgekehrt und auch nicht gleichgestellt. Das gilt besonders in der Pädagogik und damit an den Schulen.

Gastbeitrag von Klaus Zierer

[Digitalisierung](#) bleibt das Thema der Stunde. Erfreulicherweise, muss aus pädagogischer Sicht hinzugefügt werden, denn mittlerweile nähern sich das Lager der Euphoriker und das der Apokalyptiker in ihren Positionen zusehends an. Das rechte Maß scheint greifbar zu sein. Ein Punkt in der Diskussion ist immer noch neuralgisch. Wer hat die Nase vorn: "Pädagogik vor Technik" oder "Technik vor Pädagogik"? Oder muss es heißen "Pädagogik und Technik"? Bei näherer Betrachtung dieser möglichen Zusammenhänge zeigt sich eine Position als alternativlos: Pädagogik vor Technik.

Dabei lohnt es sich zu unterscheiden, erstens was technisch möglich ist und was pädagogisch sinnvoll ist, sowie zweitens was für das Lernen folgt und was für die Bildung zu beachten ist. Vor diesem Hintergrund lässt sich deutlich machen, wie "Technik vor Pädagogik", aber auch "Pädagogik und Technik" in die Irre führen:



[Kein Smartphone unter zehn Jahren](#)

[Psychologe Christian Montag erklärt, warum Kinder am besten ohne Smartphone aufwachsen sollten und wie Eltern ein gutes Vorbild sein können. Interview von Jasmin Siebert mehr ...](#)

Technisch möglich ist es schon heute, dass ein Gesichtsscan Informationen über den Gemütsstand von Lernenden liefert. Aber ist es pädagogisch sinnvoll? Wenn Lehrpersonen eines Tages darauf zurückgreifen müssen, dann liegt bereits (zu) viel im Argen. In einer pädagogischen Atmosphäre kommen Lernende auf Lehrpersonen zu, wenn sie Sorgen haben, und Lehrpersonen sprechen Lernende an, wenn sie merken, dass etwas nicht stimmt.

Technisch möglich ist es schon heute, Lernprozesse so zu verpacken, dass Kinder und Jugendliche das Lernen gar nicht mehr bemerken. Aber ist es pädagogisch sinnvoll? Wer Lernen als Unterhaltung interpretiert, verkennt die Bedeutung des Lernens für die Bildung und ignoriert die Grammatik des Lernens, die Herausforderung, Anstrengung und Einsatz ebenso erfordert wie Umwege, Irrwege und Fehler.

Technisch möglich ist es schon heute, dass Fremdsprachen nicht mehr gelernt werden müssen, weil ein Computer als Simultanübersetzer fungiert. Aber ist es pädagogisch sinnvoll? Fremdsprachen sind mehr als Worte. Sie sind Träger von Kultur, von Werten und Normen, von Geschichte. Nicht umsonst folgert Johann Wolfgang von Goethe: "Wer fremde Sprachen nicht kennt, weiß nichts von seiner eigenen."

Technisch möglich ist es schon heute, dass ein Laptop dem Lernenden ein Signal gibt, wenn es an der Zeit ist, eine Pause einzulegen. Aber ist es pädagogisch sinnvoll? Das Ziel von Bildung kann im mündigen Bürger gesehen werden, der frei ist von Zwängen und basierend auf seiner Vernunft Entscheidungen fällt. Nicht das, was man aus mir gemacht hat, ist folglich unter Bildung zu verstehen, sondern das, was ich aus meinem Leben gemacht habe.

Technik hat dem Menschen zu dienen - nicht umgekehrt und auch nicht gleichgestellt. Wenn Technik dem Menschen seine Freiheit und seine Verantwortung nimmt, dann werden Menschen

zu Maschinen - und es offenbart sich eine Situation, über die Albert Einstein sagt: "Ich fürchte mich vor dem Tag, an dem die Technologie unsere Menschlichkeit übertrifft. Auf der Welt wird es nur noch eine Generation aus Idioten geben." Somit ist die Frage nach den Möglichkeiten einer Digitalisierung immer gekoppelt an die Grenzen der Digitalisierung und erfordert immerzu, die Chancen für das Lernen den Risiken für die Bildung gegenüberzustellen. Eine umfassende Medienbildung - bestehend aus Medienkunde, Mediennutzung, Mediengestaltung und Medienkritik - ist damit der grundlegende Auftrag einer Digitalisierung im Bildungsbereich.

Klaus Zierer, 41, ist Professor für Schulpädagogik an der Universität Augsburg.

<http://www.sueddeutsche.de/bildung/digitalisierung-der-schule-technik-hat-dem-menschen-zu-dienen-1.3880748>

Business Insider Deutschland, 25.10.2017

Die Erziehungsmethode von Steve Jobs und Bill Gates, die alle Eltern umsetzen sollten

Chris Weller

- **Interviews mit Bill Gates, Steve Jobs und anderen Eliten der Tech-Branche zeigen immer wieder, dass Eltern im Silicon Valley streng darauf achten, wie viel Technologie kleine Kinder nutzen.**
- **Ein neues Buch legt nahe, dass die Zeichen bereits vor Jahren klar darauf hingedeutet haben, dass die Nutzung von Smartphones für Kinder reguliert werden sollte.**
- **Es könnte jedoch einen Weg geben, Technologien im Klassenzimmer so zu integrieren, dass ihre schädlichen Auswirkungen ausbleiben.**

Psychologen warnen, wie gefährlich Smartphones für das jugendliche Gehirn sein können.

Forschungen zeigen, dass das Risiko, an Depressionen zu erkranken, für Achtklässler um [27](#) Prozent ansteigt, wenn sie regelmäßig soziale Medien nutzen. Kinder, die ihre Handys mindestens drei Stunden am Tag benutzen, sind viel wahrscheinlicher selbstmordgefährdet. Jüngste Forschungen offenbaren zudem, dass die Anzahl an Teenager-Suiziden in den USA sogar die Mordrate [in den Schatten](#) stellt, wobei Smartphones die treibende Kraft darstellen.

Deutliche Warnungen über die Risiken von Smartphones dürfte es aber bereits seit etwa einem Jahrzehnt geben. Dies behaupten die Pädagogen Joe Clement und Matt Miles, Autoren des gerade erschienenen Buches „[Screen Schooled: Two Veteran Teachers Expose How Technology Overuse is Making Our Kids Dumber](#)“, das sich mit der Abstumpfung unserer Kinder durch Technologie beschäftigt.

Es sollte schon etwas heißen, dass die zwei größten Tech-Persönlichkeiten der jüngeren Generation, Bill Gates und Steve Jobs, ihre Kinder nur selten mit den Sachen, die sie ja selbst mitentwickelt haben, spielen ließen.

„Was ist es, das diese wohlhabenden Führungskräfte über ihre eigenen Produkte wissen, das ihre Konsumenten nicht wissen?“, schreiben die Autoren. Die Antwort darauf ist, bewiesenermaßen, die suchterzeugende Kraft digitaler Technologie.

„Wir begrenzen die häusliche Technologienutzung unserer Kinder“

2007 führte Gates, der ehemalige Geschäftsführer von Microsoft, zu Hause eine Beschränkung der Bildschirmzeit ein, als seine Tochter begann, ein fast schon ungesundes Faible für ein Videospiel zu entwickeln. Bis zum Alter von 14 Jahren erlaubte er seinen Kindern zudem keine Mobiltelefone. (Heute beträgt das [Durchschnittsalter](#), in dem Kinder ihr erstes Handy bekommen, 10 Jahre.)

Jobs, bis zu seinem Tod im Jahr 2011 Geschäftsführer von Apple, sagte der [„New York Times“](#) im selben Jahr in einem Interview, dass er es seinen Kindern nicht gestattete, das erst neu erschienene iPad zu benutzen. „Wir begrenzen die häusliche Technologienutzung unserer Kinder“, teilte Jobs dem Reporter Nick Bilton mit.

Bill Gates erlaubte seinen Kindern keine Handys vor ihrem 14. Lebensjahr.

Im Buch „Screen Schooled“ stellen Clement und Miles die These auf, dass vermögende Silicon-Valley-Eltern das suchterzeugende Potenzial von Smartphones, Tablets und Computern eher zu begreifen scheinen, als es die allgemeine Öffentlichkeit tut — trotz der Tatsache, dass diese Eltern häufig ihren Lebensunterhalt damit verdienen, in genau diese Technologien zu investieren oder zu entwickeln.

Die Autoren hielten außerdem fest: „Es ist eine interessante Überlegung, dass in einer modernen, öffentlichen Schule, wo von den Kindern verlangt wird, elektronische Geräte wie iPads zu benutzen, die Kinder von Steve Jobs die Ausnahme wären.“

Jobs' Kinder haben die Schule bereits abgeschlossen. Also kann man unmöglich feststellen, wie der verstorbene Gründer von Apple auf Bildungstechnologie oder „edtech“ (educational technology) reagiert hätte. Clement und Miles gehen aber davon aus, dass Jobs' Kinder heutzutage auf einer durchschnittlichen US-amerikanischen Schule im Klassenzimmer viel mehr Technologie genutzt hätten als zu Hause in ihrer Kindheit.

So würde es nach der Meinung der Autoren zumindest an Durchschnittsschulen aussehen. Einige spezielle Schulen im Silicon Valley, so wie die Waldorf-Schule, sind auffallend low-tech. Sie verwenden reguläre Kreidetafeln und HB-Bleistifte. Anstatt das Programmieren zu erlernen, werden den Kindern Werte und Normen wie Zusammenarbeit und Respekt beigebracht. In der [Brightworks-Schule im Valley beispielsweise](#) erlernen die Kinder Kreativität, indem sie Dinge bauen und in Baumhäusern unterrichtet werden.

Edtech wird kein „Allheilmittel“ sein

Gates hat der Technologie aber auf alle Fälle zugestanden, dass sie auch ein Vorteil für Studierende sein kann. In den Jahren, nachdem Gates seine Hausregel eingeführt hatte, hat der milliardenschwere Philanthrop ein starkes Interesse an personalisierter Bildung entwickelt — ein Ansatz, bei dem elektronische Geräte dazu genutzt werden, für jeden einzelnen Schüler und Studenten einen individuellen, maßgeschneiderten Lehrplan zu erstellen.

In einem kürzlich veröffentlichten [Blog-Beitrag](#) lobte Gates Summit Sierra, eine Schule mit Sitz in Seattle, die sich den persönlichen Zielen ihrer Schüler annimmt — wie zum Beispiel auf ein bestimmtes College zu kommen — und einen Weg entwickelt, dieses zu erreichen. Lehrkräfte nehmen in personalisierten Lernumgebungen eher die Rolle eines Trainers ein, indem sie den Schülern helfen, wieder auf die richtige Bahn zu kommen, wenn sie einmal feststecken oder abgelenkt wurden.

Technologie wird in diesen Fällen so spezifisch wie möglich eingesetzt, und auf eine Art und Weise, die Gates als nützlich für die Entwicklung eines Studierenden erachtet, nicht zur reinen Unterhaltung.

„Personalisiertes Lernen wird kein Allheilmittel sein“, schrieb er. Aber Gates sagte, er sei „voller Hoffnung, dass dieser Ansatz noch viel mehr jungen Menschen helfen könnte, das Beste aus ihren Talenten zu machen.“

Das könnte euch auch interessieren:

[Seit 1995 gibt es einen Erziehungstrend, der Kinder zu unfähigen Erwachsenen macht](#)

[Wir erziehen Kinder dazu, dass sie im Beruf scheitern — aber Männer anders als Frauen](#)

[Überfürsorgliche Eltern wissen nicht, welche unangenehmen Menschen sie großziehen](#)

<http://www.businessinsider.de/steve-jobs-bill-gates-kinder-erziehung-2017-10?IR=T>

20 Minuten, 21. März 2018

Niveau zu tief

Gymi-Schüler zu schlecht in Deutsch und Mathe

Laut den Hochschulen sind Zürcher Gymi-Schüler in zwei Fächern zu schwach. Die Bildungsdirektion will das nun mit einem neuen Konzept ändern.

Zürcher Gymi-Schüler sollen mehr Mathe und Deutsch büffeln – das fordern die Universitäten und die ETH. Zwar würden Zürcher Maturanden im gesamtschweizerischen Vergleich leicht besser abschneiden als der Durchschnitt, aber das Niveau in den Fächern Deutsch und Mathematik sei zu tief.

Damit ein prüfungsfreier Übertritt von den Gymnasien an die Hochschulen auch zukünftig möglich bleibt, will die Zürcher Bildungsdirektion mit einem neuen Konzept das Niveau in Mathe und Deutsch verbessern. Dabei wolle man aber nicht die Aufnahmeprüfungen strenger machen, sondern die gymnasiale Ausbildung verbessern, schreibt das [SRF-«Regionaljournal Zürich/Schaffhausen»](#).

[Gymi-Aufnahmeprüfung: Französisch-Test soll im Kanton Zürich wegfallen](#)

Schulleiter begrüßen das neue Konzept

Zudem sollen die Lehrer ein Mitspracherecht erhalten: «Jedes Gymnasium soll ein eigenes Konzept erarbeiten können», sagt Hans Peter Höhener vom Zürcher Mittelschul- und Berufsbildungsamt. Damit hätten die Gymnasien mehr Gestaltungsmöglichkeiten – die einen könnten auf spezielle Förderkurse setzen, während die anderen die gegenseitige Hilfe unter den Schülern fördern.

«Die Problematik ist uns bewusst», sagt Martin Zimmermann, Präsident der Schulleiterkonferenz. Deshalb begrüsse man im Grossen und Ganzen die neuen Ideen der Bildungsdirektion. Jedoch liege das Problem nicht bei den Schülern: «Der Unterricht in diesen Fächern wurde um ein Viertel abgebaut», sagt Zimmermann.

Andere Fächer könnten zu kurz kommen

Es wird befürchtet, dass andere Fächer zu kurz kommen könnten, wenn man sich wieder vermehrt auf die Problemfächer Mathe und Deutsch konzentriert. Man wolle das neue Konzept der Bildungsdirektion abwarten.

Die ersten Vorschläge sollen im Sommer 2018 folgen. Danach müsste nur noch der Kanton das Geld für die Umsetzung der Massnahmen zur Verfügung stellen.

<http://www.20min.ch/schweiz/zuerich/story/Zuercher-Gymi-Schueler-22555156>

Kommentar

Hier wird belegt, was viele Gymi- und Berufsschullehrer seit Jahren beunruhigt: Die Deutsch- und Mathematikkenntnisse der Schulabgänger, ja sogar vieler Maturanden, waren und sind mangelhaft. Dass im Gymnasium Übungsprogramme in diesen beiden unverzichtbaren Fächern nötig sind, zeigt, dass die Basis in der Volksschule nicht gelegt wurde. Denn keine Lernsoftware kann den Klassenunterricht ersetzen, wo die Lehrerin mit den Schülern Schritt für Schritt den Aufbau der Sprache und der Mathematik erarbeitet. Und kein selbstorganisiertes Abarbeiten von Wochenplänen gibt den Kindern die Sicherheit, die sie beim Üben und Vertiefen in der Lehrer-Schüler-Beziehung erhalten können, mit Anleitung und Korrekturen, Verbessern und Vertiefen, Fördern und Fordern, gemeinsamem Freuen am Erreichten und Ansporn zum Weiterschreiten.

So funktioniert das Lernen, übrigens auch bei den guten Schülerinnen. Sie benötigen einfach weniger Aufmerksamkeit des Lehrers, aber seine Anteilnahme brauchen auch sie. Diese pädagogischen Grundtatsachen sind mit der Volksabstimmung vom 4. März nicht erledigt, im Gegenteil. Unser ganzer Einsatz als Eltern, Lehrer und Bürgerinnen wird auch weiterhin darauf gerichtet sein, dass alle unsere Kinder eine gute Schulbildung erhalten.

Marianne Wüthrich, langjährige Berufsschullehrerin, Wil SG

Weltwoche, 22.3.2018

Davonrennen, nachhumpeln

Behinderte und schwache Schüler werden seit zehn Jahren in normalen Klassen unterrichtet. Integration nennt sich das und wird, je nachdem, ob man mit Bildungsbeamten, Lehrern oder Eltern redet, komplett anders beurteilt.

Von Daniela Niederberger

In der Theorie klingt es grossartig. Beamte der Schulämter und Dozenten von pädagogischen Hochschulen sprechen vom «Menschenrecht auf Integration» und von der «Teilhabe aller». So auch an einer Veranstaltung von Pro Infirmis, die jüngst in Winterthur stattfand und gut besucht war. Filmausschnitte sollten zeigen, wie schön das funktioniert. Im Dokumentarfilm «Elenas Chance» sah man, wie die muntere Elena, ein Mädchen mit Down-Syndrom, in der Klasse und im Turnen mitmacht und auch gerügt wird, wenn sie beim Aufräumen schlüüfe will. Im Unterricht sitzt eine Heilpädagogin mit ihr am Pult.

In einem zweiten Film ging es um die stark körperbehinderten Zwillinge Julian und Marius, die in eine normale erste Klasse gehen. Sie können nur mühsam sprechen, sagen aber in die Kamera, dass sie etwas lernen und vorwärtskommen wollen. Der schwerer behinderte Julian meint zwar nach einer Schnupperwoche in der Sonderschule, dort sei es entspannter – aber eben, er wolle vorwärtskommen. Die Mutter, eine Unternehmensberaterin, möchte unbedingt dem Wunsch der Buben nachkommen; der Vater wäre eher für die Sonderschule.

Der zweite Film hinterlässt denn auch einen zwiespältigen Eindruck. Wie geht es den Buben wirklich? Kommt der Wunsch, in die Regelschule zu gehen, tatsächlich von ihnen oder von der Mutter? Diese Fragen wurden am Anlass nicht gestellt, man feierte die Beispiele als gelungene Teilhabe und klatschte eifrig.

Dabei sagte die Vertreterin der kantonalen Elternmitwirkungsorganisation KEO, Gabriela Kohler, etwas, was zu denken geben müsste. Bei einer Umfrage unter Eltern mit behinderten Kindern kam nämlich heraus: 72 Prozent finden es schlecht, dass Klein- und Sonderklassen abgeschafft wurden. Viele Eltern sind überzeugt, es wäre für einige Kinder besser, in speziellen Klassen unterrichtet zu werden. Auf das Votum wurde nicht eingegangen.

Kinder verwalten statt unterrichten

Wie ist es für einen Lehrer, alle Kinder – von unaufmerksam und behindert bis hochintelligent – in einer Klasse unterrichten zu müssen? «Es bleibt zu wenig Zeit und Energie für die Kinder», so Marcel Blum*, Primarlehrer im Mittelland. In seiner Klasse, einer gemischten 1. und 2. Klasse, hat er 21 Kinder. In erster Linie würden die Kinder verwaltet. «Sie werden in Förderstufen eingestuft. Dazu braucht es Abklärungen beim Schulpsychologen. Das ist alles langwierig, und es hat mit Lernen noch nichts zu tun. Das Verwalten und Einordnen der Kinder wird fast wichtiger als der Schulalltag. Könnte ich in der Zeit in kleinen Gruppen unterrichten, hätte ich mehr erreicht.»

Stattdessen geben sich Heilpädagoginnen, Sprachlehrerinnen für Ausländerkinder, bisweilen eine Ergotherapeutin und eine Logopädin die Klinke in die Hand. «Für die Kinder und mich bringt das viel Unruhe.»

Der Fächer geht in seiner Klasse, was Alter und Fähigkeiten angeht, weit auf. Und nun soll er jedes Kind dort abholen, wo es steht. «Binnendifferenzierung und Umgang mit Heterogenität» heisst das im Pädagogen-Latein. Dazu finden viele Weiterbildungskurse statt. Lehrer Blum sagt: «Ich soll den Lernstoff so differenzieren, dass jedes Kind auf seinem Entwicklungsstand angesprochen wird. Ich habe die Energie nicht, das zu tun. Wenn ich es täte, könnte ich nicht ausreichend persönlich auf das einzelne Kind eingehen.»

«Das eine Kind rechnet noch im Zehner-, das andere schon im Hunderterraum, eines hat Mühe mit Addieren, das andere mit Malrechnen. Ich müsste jede Entwicklungsstufe abdecken. Doch Erst- und Zweitklässler sind noch nicht so selbständig, dass sie die Lerninhalte, die man für sie präpariert, selber bearbeiten können. Sie sind schnell abgelenkt. Sie schlüpfen, schauen beim Banknachbarn ab oder lassen das Blatt verschwinden. Bei 21 Kindern habe ich, wenn ich mich an die geforderte Binnendifferenzierung halte, den Überblick nicht mehr. Meine Pflicht als Lehrer ist es, jedem Kind gerecht zu werden. Das kann ich so nicht.»

Lehrer Blum denkt, Klein- und Einführungsklassen wären für die Kinder besser. Auch von Kolleginnen und Kollegen hört er, dass sie an Grenzen stossen. Kritik wird aber kaum geäussert. «Viele Lehrer haben Angst, zu sagen, ‹Ich werde nicht jedem Kind gerecht.› Sie wollen nicht als schlechte Berufsleute dastehen. Binnendifferenzierung gilt heute als professionell.» Marcel Blum hatte einmal ein behindertes Kind in der Klasse, einen Jungen mit einer Muskelkrankheit, der zeitweise im Rollstuhl sass. Das Kind war kognitiv und sprachlich begabt, das war nicht das Problem. Das Problem war die Grob- und Feinmotorik. Konkret heisst das: die Pausen und das Turnen. «Jungen in dem Alter messen sich untereinander. Im Turnen war er wie selbstverständlich ausgeschlossen. Was mache ich da als Lehrer? Ich mache Übungen, die für die anderen Kinder nicht herausfordernd sind. Eine Weile geht das, dann nicht mehr.»

Der Lehrer musste dem Kind die Turnschuhe an- und ausziehen. Eigentlich hätte dafür die Ergotherapeutin kommen müssen. «Und dann wartet sie eine Turnlektion lang, bis sie ihn wieder ausziehen kann? Und wird dafür bezahlt? Das kann es ja nicht sein.»

Auch musste der Junge öfter getragen werden, weil im Schulhaus Rampen fehlten. «Dabei haben wir in der Gemeinde ein Schulheim, wo alle Einrichtungen und die entsprechenden Fachkräfte vorhanden wären», sagt Blum.

Irgendwann ging es nicht mehr. «Ich bedauerte sehr, dass ich als Klassenlehrperson viel zu wenig auf den Jungen eingehen konnte, ohne dass ich meine Pflicht gegenüber den anderen Kindern zu stark vernachlässigt hätte. Dieses Dilemma konnte ich nicht lösen.»

Der Bub tat ihm leid. «Das, was ich bieten kann, und die Umgebung einer Regelklasse entsprechen dem Bedürfnis eines solchen Kindes überhaupt nicht. Es hat eine so kurze Lebenserwartung. Da würde ich in den Wald gehen mit ihm; Bäume bestimmen und Bodenmandalas machen. Aber sicher würde ich es nicht ins Turnen schicken und es dem Vergleich mit den anderen aussetzen. Dort kann es doch nie und nimmer mithalten.»

Es gab auch Erfolgsmomente: Der Knabe war im Rechnen flink. Doch das Negative überwog. «Es war ganz trivial. In der Pause rannten ihm die anderen davon, und er versuchte nachzuhumpeln. Er hätte dabei sein wollen und konnte es wegen seines Körpers nicht. Das prägt sich ein. Das ist für das Selbstwertgefühl nicht gut.»

Integration als gesunde Abhärtung?

Lehrer Blum glaubt, die Sonderschule wäre der humanere Weg. «Dort haben die Kinder ähnliche Schicksale, sie verstehen sich, sehen die Welt mit ähnlichen Augen. Der ständige Vergleich mit den Gesunden fällt weg.»

Anderer Ansicht ist Christina Lee, zuständig für die schulische Integration in Winterthur Nord. Es stimme zwar, dass die «Auseinandersetzung mit Normalität und Anderssein in integrierten Settings eine grosse Herausforderung für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung» sei. «Aber gleichzeitig lernen sie in der Schule, mit diesem Lebensthema umzugehen.» Integration als gesunde Abhärtung?

Le hat selber einen körperbehinderten Sohn, der mittlerweile erwachsen ist. Er ging in die Sonderschule, wäre aber gern mit seinen Freunden aus dem Dorf zur Schule gegangen. «Das war ein Riesenthema. Er wollte seine Freunde selber aussuchen und nicht reduziert werden auf einen

kleinen Kreis, so, wie wir das auch wünschen. Er wollte nicht in die Behindertenecke gedrängt werden.» Nach der Schulzeit arbeitete er in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. ««Wenn ich schon da arbeite», sagte er, «will ich wenigstens in der Freizeit Kontakte mit Menschen ohne Behinderung.» Ausser mit seinem besten Freund, der die gleiche Beeinträchtigung hat. «Sonst bin ich lieber allein.»

Auffallend ist die Abwertung des Behindertseins durch die Propagandisten der Integration oder durch Behinderte selber. «Nicht in die Ecke drängen lassen.» Das tönt nach Schandecke. Da gibt es ein gut und weniger gut. Dabei tun sich in allen Gesellschaften die Gleichen zusammen. Es ist weniger anstrengend. Albaner mit Albanern, Studenten mit Studenten, die Reichen in St. Moritz mit anderen Reichen.

Mittlerweile nimmt der junge Mann an einem Pilotprojekt der Pädagogischen Hochschule Unterstrass teil, die Behinderte zu Assistenzlehrern ausbildet. Da ist er eine Ausnahme. Gabriela Kohler von der Elternorganisation KEO hört oft von Eltern mit behinderten Kindern, dass die Integration in der Schule zwar einigermassen geklappt hat – «doch dann, bei der Lehrstellensuche, kommen sie auf die Welt». Sie hoffen dann natürlich auf eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt, so Koller, «aber der ist noch nicht bereit».

Für Lehrer Blum hat der «Zwang zur Integration mehr mit Ideologie zu tun als mit einem Bedürfnis der Kinder». Die Erwachsenen machten ihre Probleme zum Problem der Kinder. Doch: «Kinder sind im Hier und Jetzt. Sie sind zufrieden, wenn es dort, wo sie sind, gut ist.» Für Kinder sei die Beziehung zur Lehrperson das Wichtigste. «Kann ich ihr vertrauen, ist sie mir wohlgesinnt, versteht sie mich, erkennt sie das Wesentliche meiner Person, damit sie mich wirklich fordern und fördern kann? Das alles braucht Zeit für Beziehung.»

* Name geändert

<https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2018-12/artikel/davonrennen-nachhumpeln-die-weltwoche-ausgabe-12-2018.html>

Schule Schweiz, 21. März 2018

Entrechtung der Eltern

Die Entwicklung der Bildung scheint mir bedenklich. So wie es aussieht, versucht man Systeme, die man neu eingeführt hat und sich nicht bewährt haben oder nicht umgesetzt wurden, noch mit Verordnungen zu betonieren. Ich als Vater verstehe hier nur Bahnhof. Ein Schulbetrieb, in welchem ein Drittel der Kinder Medikamente oder therapeutische Betreuung braucht, um darin zu bestehen, und welches nach neun Schuljahren 20 Prozent als funktionale Analphabeten entlässt, versucht mit Verordnungen zu festigen, wie es läuft – das alles ist mir ein Rätsel.

Zur Entrechtung der Eltern in Schulbelangen, Basler Zeitung, 21.3.

Leserbrief von Fredi Jaberg

In dieser Anpassung im Bildungsgesetz wird dann auch gleich noch das Recht der Eltern entfernt, zu bestimmen, ob und wie dessen Kinder in der Schule speziell gefördert oder sonderbeschult werden. Da darf man dann nur noch zusehen, was die Schule so mit den Kindern macht. Auch müssen das nicht mehr Fachärzte entscheiden, sondern die AVS ist zuständig, also die Verwaltung.

Mir sind mehrere Fälle bekannt, in welchen Schüler/innen von Lehrperson Drogen zur Persönlichkeitsveränderung so stark aufgedrängt wurden, dass die Eltern es als verordnet empfanden. Oder eine Sonderbeschulung schon beschlossene Sache war, was später als fataler Fehler entlarvt wurde.

Wie kann man nur so vorgehen? Liebe Politiker und Politikerinnen, ich bitte Sie dringend, in diesem Jahr, in dem so viele Weichen in der Bildung zu stellen sind, etwas in sich zu gehen und wieder für eine gute Schule einzustehen. Eine gescheiterte Reform ist eben besonders herausfordernd. Das Alte geht nicht und das Eingeführte ist gescheitert. Es braucht Ihren Einsatz, ansonsten sind die nächsten zehn Jahre Bildung ein Schaden für zu viele.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2018/03/entrechtung-der-eltern.html>